

Book reviews – Comptes rendus – Buchbesprechungen

Curt GASTEYGER – Europa zwischen Spaltung und Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945-2005, Nomos, Baden-Baden, 2006 575 S. – ISBN 3-8329-2011-0 (pb) – 30,45 €.

Quelleneditionen zur Geschichte Europas und der europäischen Integration können für die Forschung, vor allem aber für die universitäre Lehre zur Zeitgeschichte der EU nützlich sein. Zunehmend werden nicht nur schriftliche, sondern auch visuelle Quellen im Internet zugänglich gemacht. Das gilt etwa für den Luxemburger „European Navigator“ (<http://www.ena.lu/mce.cfm>) oder die Zeitzeugen-Interviews des EHI-Archivs in Florenz (<http://www.iue.it/ECArchives/EN/OralHistory.shtml>). Allerdings konzentrieren sich diese Server ähnlich wie die meisten gedruckten Quelleneditionen wie Harryvan und van der Harst (1997) auf die Vorgeschichte der heutigen EU. Dagegen hat der Schweizer Curt Gasteyger für seine zuerst 1990 vorgelegte und inzwischen 2006 vollständig überarbeitet erschienene kombinierte Darstellung und Quellenedition einen anderen Fokus gewählt. Dieser Band behandelt die Spaltung Europas genau so wie dessen Einigung und somit ost-europäische und gesamteuropäische Entwicklungen ebenso wie die westeuropäische Integration zwischen 1945 und 1990.

Das Buch ist in sieben Hauptkapitel mit Unterkapiteln eingeteilt, denen wiederum einige Dokumente zugeordnet sind. Dabei handelt es sich ausschließlich um öffentlich zugängliche, wenngleich teilweise in die deutsche Sprache übersetzte Dokumente wie Auszüge aus Verträgen, Regierungserklärungen, Reden und Zeitungsberichten. Die gesamteuropäische Anlage wird in den kurzen einführenden Darstellungen zu Zeitabschnitten und Themen genau so wie in der Auswahl der Dokumente deutlich. Neben Ausführungen Léon Blums zu einer föderalistischen Lösung der deutschen Frage von 1939 (D1) stehen Planungen des nationalen polnischen Widerstands für Nachkriegseuropa (D4). Ausschnitte aus dem EWR-Vertrag von 1992 (D78) werden ebenso berücksichtigt wie eine Rede Michael Gorbatjows vor dem Europarat 1989 (D83). Insgesamt hat sich der Schwerpunkt des Bandes verschoben, so dass inzwischen 200 Seiten mit etwa nahezu der Hälfte der 142 Dokumente der Zeit seit 1990 gewidmet sind. Ergänzt wird der Band durch eine knappe Auswahlbibliographie, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Personenregister.

Diese kombinierte Darstellung und Dokumentation ist vor allem für den Unterricht deutschsprachiger Studenten oder anderer, des Deutschen mächtiger Studenten geeignet. Allerdings enthalten die einführenden Darstellungen zu den Dokumenten keine Verweise auf den Forschungsstand und Forschungskontroversen, was sich aus der Produktion des Buches für die Bundeszentrale für politische Bildung erklärt, die mit ihrem Programm auch ältere Schüler und Laien ansprechen will und muss. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn ein solcher Band neben schon gedruckten und teilweise bereits über das Internet zugänglichen Quellen zumindest für die Zeit bis in die 1970er Jahre auch unveröffentlichte Quellen aus staatlichen

und anderen Archiven enthielte. Schließlich überkompensiert Gasteyer die Vernachlässigung Osteuropas und gesamteuropäischer Entwicklungen in westeuropäisch geprägten Darstellungen und Quellenbänden, wie schon ein Blick in das Personenregister zeigt. Dort taucht Nikita Chruschtschow 13, Gorbatschow 15 und Josef Stalin gar 33 Mal auf, hingegen Jean Monnet, Jacques Delors und François Mitterrand nur einmal und Robert Schuman zweimal, Eisenhower einmal und Dulles gar nicht. Die Auswahlbibliographie ist sehr kurz und äußerst selektiv und spärlich kommentiert und enthält überdies nur wenig nicht deutschsprachige Literatur, wobei sich direkt kleinere Fehler eingeschlichen haben (Richard nicht Peter Gillespie, S. 567). Insofern ist diese kombinierte Darstellung und Dokumentation vor allem für die Verwendung der deutschsprachigen Quellen für die universitäre Lehre zur Geschichte Europas und der EU seit 1945 zu empfehlen.

Wolfram Kaiser
Universität Portsmouth

Hubert KIESEWETTER – Das einzigartige Europa. Wie ein Kontinent reich wurde, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, 2006, 232 S. – ISBN 3-515-08927-6 – 24,00 €.

Folgt der Erstausgabe einer wissenschaftlichen Publikation zehn Jahre später eine zweite Auflage, wie im vorliegenden Fall der wirtschaftshistorischen Untersuchung der Industrialisierung in Europa, dann kann dies eigentlich nur zwei Ursachen haben. Entweder hat sich das Werk als Standardwerk einer Disziplin etabliert oder der Verfasser hat es grundlegend überarbeitet. Hubert Kiesewetter darf ersteres für ‚Das einzigartige Europa‘ wohl nicht beanspruchen. Insofern scheint sich die zweite Auflage nur über eine grundlegende Überarbeitung zu erklären. Schon im Vorwort scheint sich diese These auch zu bestätigen, kündigt der Verfasser doch an, dass «dieses Buch seit der ersten Auflage immer wieder ergänzt, aktualisiert und überarbeitet» worden ist. Damit macht er den (wirtschaftshistorisch) interessierten Leser neugierig. Wie hat die teils deutliche Kritik¹ an der Erstausgabe reflektiert und in die zweite Auflage einfließen lassen? Inwiefern hat die (durchaus überschaubare) neuere Forschungsdiskussion seine Ausführungen beeinflusst?

Die Antwort auf beide Fragen fällt kurz aus: Gar nicht. Die kritischen Anmerkungen der Rezessenten hinsichtlich methodischer Schwachstellen oder die Anmahnung einer präziseren Beachtung der Forschungsdiskussion scheinen den Verfasser wenig berührt zu haben. Neuere Forschungen, etwa die breit rezitierten Ansätze der Neuen Institutionenökonomik², werden von Kiesewetter gerade einmal

-
1. WELSKOPP Th., Rezension: Hubert Kiesewetter, *Das einzigartige Europa. Zufällige und notwendige Faktoren der Industrialisierung*, Göttingen 1996, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 33(1997), S.148-150.
 2. WISCHERMANN Cl., NIEBERDING A., *Die institutionelle Revolution*, Stuttgart, 2004; ELLER-BROCK K.P., WISCHERMANN Cl. (Hrsg.), *Die Wirtschaftsgeschichte vor der Herausforderung durch die New Institutional Economics*, Dortmund, 2004.

im Nebensatz erwähnt. Dies ist bedauerlich, bringt doch gerade die Neue Institutio-nenökonomik eine interessante Perspektive in die Debatte um die Industrialisie-rung ein. Man muss diese (neue) Theorierichtung auch nicht gleich mögen; igno-riieren sollte man sie aber nicht. In diesem Kontext wundert es insbesondere, dass Kiesewetter die Monographie des Wiener Wirtschaftshistorikers Felix Butschek ‚Europa und die industrielle Revolution‘³ komplett ignoriert. Immerhin setzt sich Butschek mit nahezu derselben Fragestellung auseinander. Er bezieht sich sogar explizit auf Kiesewetter. Überhaupt erschöpfen sich die Ergänzungen und Aktuali-sierungen leider allzu oft in kurzen und eher oberflächlichen Anknüpfungen an tagespolitisch aktuelle Debatten, wie etwa die 2005 von Franz Müntefering ange-stößene ‚Kapitalismusdebatte‘. Angesichts dieser Ausgangslage möge man es dem Rezessenten der Zweitaufgabe verzeihen, wenn er im Vergleich zu den Rezessenten der Erstauflage keine fundamental neuen Aspekte diskutieren kann.

In seinem Werk ‚Das einzigartige Europa‘ setzt sich Hubert Kiesewetter mit der Frage auseinander: «Warum ist es in einigen Staaten – die wir mit dem Sammelbe-griiff Europa bezeichnen – seit dem 16. Jahrhundert gelungen, einen Wohlstand zu erzeugen, der lange Zeit in der Welt als einzigartig bezeichnet werden kann?» Ein-leitend entwirft er ein Polyfaktorenmodell, von dem er überzeugt ist, dass es eine präzise Erklärung der «Ursachen und Wirkungen dieser epochalen Veränderung» liefern kann. Die dabei getroffene Unterteilung nach Faktoren, die in Europa zufäl-lig vorhanden waren (Geographie, Bodenschätze, Klima, Fruchtbarkeit des Bodens) und Faktoren, die in Europa perfektioniert wurden (Kapital, Technik, Unternehmerschaft, Bildung), wirkt wenig innovativ und lückenhaft. Wo bleiben etwa rechtliche, gesellschaftliche oder politische Strukturen? Zählen diese nicht zum Bündel der für die Industrialisierung in Europa notwendigen Faktoren? Auf eine abschließende Präzisierung seines ‚Modells‘ wartet der Leser auch vergeblich. Welchen Einfluss einzelne Faktoren auf die Industrialisierung in Europa nahmen bleibt offen. Anstatt Interdependenzen aufzuzeigen, bleiben die einzelnen Faktoren isoliert nebeneinander stehen. Insofern entspricht Kiesewetters Polyfaktorenmodell nicht in Ansätzen modelltheoretischen Anforderungen.

Die einzelnen Faktoren arbeitet Kiesewetter im Hauptteil des Werkes empirisch kenntnisreich ab, wenngleich vereinzelte Lücken auffallen. So wäre die Northsche These, dass «systematische Anreize zur Förderung des technischen Wandels erst entstanden, als durch die Ausdifferenzierung der Eigentumsrechte die privaten Ertragsraten von Innovationen an die gesellschaftlichen Ertragsraten angepasst wurden»⁴ durchaus eine Bereicherung der Ausführungen zum Faktor Technik gewesen. Interessant liest sich wiederum das Abschlusskapitel, in dem Kiesewetter nach der Übertragbarkeit der europäischen Industrialisierung fragt. Liegen der Industrialisierung in Europa allgemeingültige Faktoren zu Grunde, die heutigen Entwicklungsländern als wirtschaftspolitische Leitlinien dienen können? Obwohl man nicht jedes Argument Kiesewetters teilen muss und einige Erkenntnisse doch

4. BUTSCHEK F., *Europa und die industrielle Revolution*, Wien, 2002.

5. NORTH D.C., *Theorie des institutionellen Wandels*, Tübingen, 1988.

eher banal sind («Eine unerlässliche Maßnahme zur Ankurbelung wirtschafts- und wachstumsdynamischer Entwicklungen in ökonomisch unterentwickelten Staaten ist der Ausbau einer Infrastruktur», S.194), liest sich der Schlussteil durchaus unterhaltsam und anregend.

So bleibt am Ende der Lektüre die Erkenntnis hängen, dass die Industrialisierung in Europa ein einzigartiger, komplexer (polyfaktoraler), evolutionärer und regionaler Prozess war, der sich nicht einfach in Entwicklungsländer exportieren lässt. Ob diese eine Erkenntnis allerdings eine Zweitaufgabe rechtfertigt, muss ernsthaft bezweifelt werden.

Christian Henrich-Franke

Universität Siegen

Pierre MANENT – *La raison des nations. Réflexions sur la démocratie en Europe*, coll. L’Esprit de la Cité, Gallimard, Paris, 2006, 100 p. – ISBN 2-07-077734-0 – 11,00 €.

L’ouvrage de Pierre Manent s’apparente à un essai, court mais percutant. Il s’agit en effet pour l’auteur de faire part, en quelques pages, de ses appréhensions concernant la façon dont l’Union européenne se vit aujourd’hui, et donc d’introduire dans cet appel, en même temps qu’un éloge de la raison, une certaine dose d’inquiétude. L’urgence tourne autour du besoin de l’Europe de se définir, par rapport à elle-même, mais aussi, et peut-être surtout, par rapport aux autres. On reconnaîtra là le thème de l’identité, évoqué ailleurs, mais qui ici se débarrasse des subtilités rhétoriques pour poser crûment la question de la survie de l’Europe. «L’Europe» désigne ici un territoire de culture, qui dépasse le simple espace politique que l’on désigne sous le nom d’«Union européenne». Il faut noter que l’interrogation de Manent est fidèle à sa filiation au libéralisme aronien: elle est éminemment politique, et ne se contente pas de théoriser l’économie pour mieux comprendre les comportements et les destinées humaines.

Manent prouve ainsi que l’on peut prendre l’Europe comme sujet en écartant les thèses trop faciles du filon néo-libéral ou de la pseudo-mondialisation, consistant à faire l’apologie ou la condamnation du «monstre» dérégulateur européen. Son but est de réfléchir aux traditionnels axes de recherche qui guident sa pensée, démocratie, nation et religion, en donnant dans cet ouvrage une dimension polémique, parfois courageuse, suivant le modèle de la «conversation civique». Cette démarche peut se justifier dans la mesure où l’auto-identification passe, non seulement par un effort conceptuel qui doit prendre en compte tous les aspects de la vie communautaire et concerner une collectivité qui hésite encore à se nommer, mais également par un effort de délimitation, dont on sait qu’il a toujours posé problème à l’Europe. Certes, les Européens ont commencé à se définir par la mise en avant du régime politique qui contient le mieux les fameuses valeurs «européennes», soit la démocratie. Par conséquent, ils ne souffrent pas de la comparaison avec les Américains, parangons de ce système dans le monde entier,

phares de la liberté et de sa défense. Or, justement, c'est là que le bât blesse, et Manent y insiste largement: les Américains, eux, n'hésitent pas à défendre un régime dont ils mesurent la fragilité, tout en lui reconnaissant un aspect messianique, spirituel, dimension qui n'entre pas en compte dans la définition européenne, toute faite de rationalité et de prudence excessive à l'égard de tous les mots, reste de notre tumultueux passé. La différence se fait ainsi entre une croyance qui est fortement encouragée d'un côté, avec d'autant plus de vigueur depuis le 11 septembre, et trop mollement défendue de l'autre.

Les Européens acceptent ainsi, comme principes d'expansion de l'idéal démocratique, qu'ils pensent eux aussi universel, la vertu de l'exemple et la force de la persuasion; les Américains s'avèrent moins patients, plus déterminés, et conscients qu'il existe une force «négative» opposée au rêve de la grande réconciliation (ce mal qui est nécessaire au Bien qu'ils anticipent, et qui peut prendre la forme d'«Etats voyous»). Or, cette différence séparant les deux rives de l'Atlantique n'est pas seulement historique, elle provient aussi d'une façon diverse d'appréhender la démocratie, au sein même de nos Etats: ces Etats, nous les avons désacralisés, la construction même de l'Europe devant opérer cette démystification, qui est attendue sans ambiguïté aucune par toutes les parties prenantes dans le jeu européen. D'après l'auteur, «la version européenne de l'empire démocratique se signale par la radicalité avec laquelle elle détache la démocratie de tout peuple réel et construit un *kratos* (un pouvoir) sans *demos* (sans peuple)». Le sacré est ainsi renié comme synonyme de déviance dangereuse pour la communauté politique, alors qu'il est totalement admis dans le jeu démocratique américain, où l'adhésion à des valeurs communes n'est pas seulement déclarée, mais vécue, ce que l'auteur appelle lui-même une «communion».

Manent nous décrit les sociétés européennes comme étant atomisées à mesure que le mouvement d'unification se réalise: il n'y a plus d'idée de représentation dans un système politique qui renie ou se méfie par nature de la notion de «gouvernement», lui préférant le terme plus neutre en même temps que plus rassurant de «gouvernance». Le pouvoir est ainsi morcelé, hyper-spécialisé, soumis au «principe de précaution», en même temps que l'universalité de notre cause (notre baptême et notre être «démocratiques») remet en question le principe même de la démocratie «historique»; la représentativité perdrat ainsi son sens initial, dans la mesure où les Européens définiraient une communauté où les maux sont temporaires et les besoins similaires. C'est mettre de côté la démocratie telle qu'elle s'est imposée dans l'histoire, au nom d'une rationalisation de la politique où l'Etat ne serait plus que l'étage supérieur de toute une série de commissions et d'agences spécialisées ayant analysé et défini le contour exact de l'action à entreprendre. L'Europe communautaire n'aime pas les symboles, leur préférant les instruments, ces emboîtements d'espaces «signifiants» qui font se marier l'UE avec l'ensemble des régions qui la constituent, contribuant à la remise en question de la nation comme pouvoir encore légitime. C'est pourtant Aron qui a appris à Manent que l'on devait pouvoir concilier son propre enracinement culturel dans la nation avec l'aspiration à une Europe la plus fidèle possible «à la communication des

nations européennes et de leurs mémoires», sans passer par la dénationalisation des nations. Or, la perte du cadre de référence national ne s'est parallèlement accompagnée d'aucune autre forme de mise en scène du pouvoir, qui aurait pu être acceptée comme résultant d'un exercice renouvelé de la citoyenneté dite «européenne». Celle-ci est plus mise en scène qu'elle n'est projetée, défendue ou vécue, donnant plus de droits que de devoirs, contribuant à dessiner la figure d'un consommateur plutôt que d'un citoyen.

Ce divorce avec la réalité, au nom d'un universalisme abstrait et étouffant, se prolonge au point de vue de la politique étrangère. Dans ce domaine, les Européens s'avèrent incapables d'une quelconque entreprise, pétrifiés qu'ils sont par leur méfiance de la violence comme instrument politique, et de leur méconnaissance volontairement entretenue des mobiles les plus profonds à l'œuvre dans l'action des nations, la Nation étant condamnée comme le précipité chimique du Mal, obstacle à l'unification du monde. L'auteur insiste ici sur la difficulté que les Européens ont à comprendre Israël et sa politique, cette nation qui est indirectement un «produit de l'Europe», mais qui a gardé sa spécificité consistant à faire s'épouser le religieux et le politique, lui préférant une vague «nation arabe», qui n'a jamais existé, mais dont les contours se rapprochent de l'universel, du modèle des grands ensembles tel qu'il peut être le mieux appréhendé par l'Européen.

Ce problème du manque de repères historiques et politiques se pose à propos de notre définition même, rendu plus pressant avec la question de l'élargissement, que l'on contrôlait auparavant, que l'on ne contrôle plus aujourd'hui, toujours sous la vertueuse mais impérieuse nécessité de ne laisser personne dehors, et sous l'emprise de la «passion de la ressemblance» que charrie l'aspiration à un monde sans frontières. Cette façon de raisonner, dont on a du mal à percevoir la fin (une «finalité sans fins», dixit l'auteur), fait que nous nous trouvons aujourd'hui confrontés au délicat problème de l'intégration de la Turquie. Que faire de cet espace? L'inclure au nom d'un passé (partiellement et négativement) commun, ou l'inclure au nom du respect de l'Autre? Certes, cette dernière tendance est une qualité, et l'une des caractéristiques de l'esprit européen, celle de «l'ouverture». Mais cette dernière, poussée à son extrême, ne revient-elle pas à nier ou à ignorer ses propres qualités, au nom de valeurs universelles dont le contenu reste largement à définir, voire à démontrer? En quoi la notion de «club chrétien» peut-elle choquer, et qui doit-elle choquer, dans la mesure où, dans toute civilisation, les interactions entre mythe, croyance et politique sont interpénétrables, complémentaires et au final, étroitement liées?

Jamais la laïcité, qui est une grande victoire de notre démocratie (et, notons-le, la seule qui ait une application concrète dans une partie seulement du globe) n'a déclaré nécessaire de rejeter tout héritage religieux, comme il est impossible de demander à quiconque de renier ses origines. Le fonds religieux, dans ce sens, n'est pas à vocation essentialiste, mais participe de la vie d'une communauté, accompagne sa respiration profonde, qu'aucun décret, aucune loi, aucune volonté humaine ne peut, et ne doit, interdire. On voit là l'expérience de la cité antique , le

nœud gordien de l'approche théologico-politique qui est celle de Manent à propos de la réflexion sur le politique, jamais véritablement affranchi de sa fonction sacrée, mais dont le but est d'ancrer la nation «au cœur» de la modernité libérale. Dans ce sens, l'«agence humaine centrale» que représente l'UE aux yeux de Manent est bien la preuve que l'ère post-nationale, chantée par Habermas, n'est pas advenue. La nation reste un cadre d'expression valable, et même nécessaire à l'épanouissement d'individus, qui ne doivent plus être sommés d'en finir avec leur passé. Nouvelle attaque contre un esprit de repentance qui tourne à vide, et un «renoncement» qui prend prétexte d'un sens de l'histoire pour s'immiscer dans les esprits. Manent, en ce sens, ne se situe pas dans la vague auto-complaisante des «déclinistes» ... L'espoir, nécessaire à toute vie politique, a encore la vie longue.

Bertrand Vayssièvre

Maître de conférences à l'Université de Toulouse II-Le Mirail

Robert FRANK, Rosalind GREENSTEIN (dir.) – *Gouvernance et identité en Europe*, coll. Axes Savoir, Bruylant, Bruxelles, 2005, 278 p. – ISBN 2 8027 1981 5 - 30,00 €.

Cet ouvrage a pour origine un colloque organisé en novembre 2001 à Paris I Panthéon-Sorbonne, rassemblant des représentants de différentes disciplines. Le but est de s'intéresser au terme de «gouvernance», vocable d'une nouvelle langue bruxelloise dont il s'agit de comprendre quelle mutation de l'action publique il signifie. Dans le même temps, l'objectif est de s'interroger sur la résonance sociale de ce même terme, et de confronter ce dernier au mot «identités» (pris ici dans son sens pluriel): en d'autres termes, l'acte de gouverner tel que désigné par le mot «gouvernance» ne suffit pas, il s'agit aussi de s'intéresser aux gouvernés, à ce «vécu concret», qui doit rappeler l'importance de réfléchir aux termes d'une véritable démocratie à l'échelle européenne.

La première partie s'intéresse à ce rapport gouvernés/gouvernants, en essayant de comprendre les blocages et les dynamiques de leur interaction. L'étude commence par un article de la linguiste Rosalind Greenstein, qui tente de juger de l'appréhension du mot «gouvernance» par les opinions, afin de voir si ce dernier ne ressortit pas exclusivement du jargon d'experts. S'appuyant sur des dictionnaires, le Livre blanc sur la gouvernance européenne (27 juillet 2001), ainsi qu'un micro-trottoir, Greenstein tente d'analyser la réception du terme, et ainsi sa compréhension (ou non) par un vaste public. La langue joue un rôle important: en français, le terme est ainsi singulièrement absent, ou alors défini succinctement, ou encore assimilé au substantif «gouvernement»; en anglais, le constat est similaire, mais englobe une définition autour de la manière ou de la méthode de gouverner (ex. de *corporate governance*). Dans l'ensemble cependant, l'enquête menée par l'auteur est sans appel dans ses résultats: le mot reste peu parlant, relativement hermétique aux yeux de la plupart des sondés qu'elle a rencontrés. C'est regrettable, dans le sens où le Livre blanc semble signifier que le citoyen européen,

dans la formule de la gouvernance, devrait avoir son mot à dire dans la politique qui le concerne (ouverture, participation, responsabilité, efficacité, cohérence), ce qui change de l’acception «gouverné». Au final cependant, ce mot est victime d’une polysémie qui affecte sa compréhension immédiate. Robert Frank, lui, se penche sur la question du point de vue historique. Il rappelle au préalable le travail effectué par le réseau sur l’identité créé par René Girault, faisant une synthèse des principales étapes qui caractérisent les rapports entre l’Européen et l’Europe: l’identique ou identicité européenne (traits communs d’ordre général); l’identité européenne, qui est surtout culturelle, mais qui est restée cantonnée aux élites, pendant que l’identité politique était associée à l’idée nationale; l’idée européenne, pas suffisante pour pousser au sentiment d’identité; la conscience, qui date des premiers cataclysmes (14-18 et 39-45), et qui rime avec le besoin de continuer le mouvement vers la construction européenne (associé aux différentes relances qui marquent le processus européen); le sentiment, qui est l’attachement sentimental à la collectivité, supposant autant de droits que de devoirs (et de sacrifices); enfin l’identité politique européenne. Les années 1970 ont représenté à ce niveau un consensus mou, une «conscience sans sentiment» orchestrée par des stimuli négatifs. Certes, on a bien parlé d’identité européenne à Copenhague en 1973, ou d’identité européenne de défense à Saint Malo en 1998, mais le ressort en est le même: «à partir d’une identité de vues, on espère créer une identité politique vécue». Cependant, si la démarche fonctionnaliste ne fonctionne pas, le pessimisme n’est pas non plus de mise: les Européens se disent de plus en plus capables d’assumer une double identité (environ 50% dans les différents sondages). C’est pourquoi Frank évoque une Europe non pas post-nationale, mais post-nationaliste. Il avoue cependant la difficulté pour l’historien de définir la gouvernance, qui renvoie à une série de règles permettant à un groupe humain de vivre en bonne entente: cette façon de gérer comprend-elle ou non l’idée classique de gouvernement? Pour lui, un premier sens historique se dégage de ce sentiment confus: le mot sert surtout à masquer le manque de gouvernement européen, et cherche à donner un sens au bric-à-brac politique européen, dont on ne sait avec certitude où sont le sommet et la base. Le déficit démocratique réside surtout dans l’écart entre citoyenneté et identité européennes, entre processus d’identification et processus de politisation: l’opinion se sentant impuissante dans le mécanisme de décision, la démagogie et l’abstentionnisme risquent d’avoir une longue carrière devant eux. Axer le mot «gouvernance» au seul critère d’efficacité n’est peut-être pas la bonne réponse, car «l’identité culturelle ne produit pas nécessairement de l’identité politique» (p.50).

Le géographe Georges Prévélakis continue l’étude de la confrontation gouvernance/identités en s’appuyant sur la théorie de Jean Gottmann sur le cloisonnement: selon lui, la «circulation» traduit un mouvement d’ouverture, volontaire ou non, qui dépasse les frontières traditionnelles et risque de remettre en question les différentes identités (voir la mondialisation, dernier avatar de ce mouvement); cependant, cette «circulation» finit toujours par être cloisonnée, grâce aux «iconographies» («l’ensemble des symboles auxquels tient une population»),

qui permettent d'adapter ou d'apprioyer le mouvement. Ce type de pensée ressortit de «l'idéologie géographique», qui entraîne une classification du monde par la prise en compte d'espaces clos, définis en fonction de principes de gestion d'un territoire présenté comme continu et «logique» caractérisé par des frontières, et où l'individu est précisément situé dans l'espace. Avant la fin de la guerre froide, l'Europe s'inscrivait dans une stratégie plus réticulaire que territoriale, avec un espace délimité, constitué d'un réseau d'Etats souverains. La fin du mur de Berlin a posé la question de la finitude de l'espace, et introduit les questions de l'approfondissement et de l'élargissement, remettant en jeu «l'impératif territorial» (p.56) à travers lequel se pose la question de la gouvernance européenne, qui s'attaque bien plus vivement aux souverainetés nationales. Cependant, l'iconographie européenne est modeste, en gros limitée à l'euro, qui reste simplement une «promesse de prospérité» (p.57). De même, cette remise en cause pose la question de choix différents dus à une culture de l'espace elle-même différente: d'après l'auteur, ce qui risque de l'emporter, et qui donnerait tout son sens au mot «gouvernance», c'est l'acceptation d'une vision réticulaire de l'espace européen, associée à l'existence de réseaux différents de territoires, faisant ainsi accepter l'idée d'hétérogénéité qui rompt avec la notion «westphalienne» du territoire.

Michel Gérard, professeur de sciences politiques, s'intéresse au rôle des politiques externes dans la définition de l'identité européenne. L'identité collective est fortement liée à l'idée de mémoire et d'héritage à transmettre. Certains vecteurs peuvent jouer ce rôle pour l'Europe: réconciliation franco-allemande, sorties de dictatures, etc. Certains facteurs peuvent influer: la communication politique des gouvernants, les médias, quelques symboles forts comme l'euro. Il faut de même tenir compte de la «pluri-appartenance» de chaque individu, en fonction de marqueurs qui ne sont pas tous politiques (ville, musique). Ce qui paraît frappant, c'est que les Européens sont définis comme tels par la vision que l'on a d'eux depuis l'extérieur: un havre de paix pour les uns, une «forteresse» pour les autres. De même, ces «Européens à part entière» peuvent exister concrètement dans certaines enceintes, comme l'ONU, l'Unesco, l'OMC, mais également la PESC/PESD. Un auteur comme Charles Kupchan (*The End of the American Era*) a pu estimer que l'impact de cette Europe diplomatique sur la scène internationale donne l'idée d'un grand avenir, où l'influence américaine déclinera (voir ce qu'en dit Jeremy Rifkin). Il est cependant évident que les différents acteurs de l'Europe (commissaires, Javier Solana) ne prennent du poids que vus de l'extérieur, où l'identité nationale joue un faible rôle dans l'identification de chaque Européen. Ainsi, un ferment d'identification est en route, mais dont nous ne sommes hélas pas les acteurs.

Christian de Boissieu fait ensuite une comparaison entre gouvernance mondiale et européenne. Pour lui, ce concept de «gouvernance mondiale» n'est pas forcément associé au 11 septembre, mais a pu se faire connaître à chaque crise affectant l'ensemble de la planète (politique mais surtout économique). La quête d'une nouvelle architecture financière internationale démontre cependant le besoin

accru de faire face à une globalisation mal maîtrisée, et nous renseigne sur le retard des structures institutionnelles, quelles qu'elles soient, sur les systèmes économiques et sociaux ainsi que leurs interdépendances. L'auteur évoque ces «biens collectifs internationaux» (paix, développement durable) dont l'impact et la résonance condamnent à terme, d'après lui, des forums particularistes comme le G7/G8. Selon de Boissieu, une nouvelle architecture pour les organismes internationaux est possible et souhaitable, passant par une re-réglementation d'ordre bancaire et financière (blanchiment, paradis fiscaux, terrorisme). A l'échelle européenne, il estime que la gouvernance doit passer par une transparence de la politique monétaire (il s'insurge ainsi contre l'indépendance trop forte de la BCE), et la coordination des politiques monétaires, afin d'obtenir une cohérence plus claire de la zone euro vis-à-vis du reste du monde.

Georges Saunier étudie la PAC, assimilée par lui à un «instrument de régulation – de gouvernance [...] pour l'Europe communautaire» (p.83). Dans la première moitié des années 1980, le budget de la PAC augmente plus vite que celui de la CEE, à un moment où les différents pays se posent la question de la finalité du budget (voir par exemple la notion de «juste retour»). La crise agro-budgétaire qui en résulte fait voler en éclats le compromis de Luxembourg; elle permet, ce faisant, une prise de conscience que la machine s'emballe, même chez les Français, qui acceptent que les prix des céréales se rapprochent graduellement des prix mondiaux et le principe des quotas laitiers. Cette prise de conscience a été salvatrice, et a permis de relancer certains dossiers (voir comités Dooge et Adonnino de 1984). L'article est intéressant, mais à vrai dire, on ne comprend pas très bien ses liens avec le thème de la gouvernance (voir l'aveu de la note 9 p.92).

Les géographes Pierre Beckouche et Yann Richard s'interrogent ensuite sur l'enjeu frontalier soulevé par Interreg. Ils en rappellent l'historique: le premier enjeu est économique, visant un aménagement territorial intégré; mais dans le fond, l'enjeu s'avère politique: il s'agit de faire reculer la logique territoriale de l'Etat-nation, et d'entraîner une diversification des acteurs et des objectifs (surtout avec Interreg II et III), qui comprennent aussi les PEKO, la notion de voisinage et le thème de la connexion des réseaux: on ne raisonne plus en terme de contiguïté. On constate cependant que les régions frontalières souffrent de cette approche, puisque les grandes villes et les capitales profitent beaucoup plus de la logique de réseau. Les auteurs prennent l'exemple d'un espace frontalier avec le cas germano-polonais: à l'échelle locale, cet espace est vécu avec beaucoup de réticences (souvenir des atrocités, thème du retour des Allemands, mémoires de la polonisation), et il paraît difficile d'en faire de nouveau un lieu de passage et de coopération. Autre cas décrit: la Grande Région Saar-Lor-Lux, qui a certes une logique historique et économique, mais qui se révèle au final une absurdité au point de vue institutionnel. Les problèmes rencontrés par Interreg sont ainsi récurrents: acteurs aux pouvoirs différents le long de la frontière; prolifération des projets (absence de gestion commune des crédits); problèmes de discontinuité territoriale; parfois des espaces en concurrence; déficit de légitimité et de visibilité des territoires transfrontaliers. On doit ajouter le problème des flux, avec des

investissements qui délaissent ouvertement la partie orientale. Certes, l'aide européenne se concentre de plus en plus sur cette partie-là, et c'est en grande partie par le biais de la coopération transfrontalière qu'un rattrapage et une harmonisation resteront possibles, mais le volontarisme sera pendant encore longtemps capital en la matière.

L'étude de la BCE par Hubert Kempf, professeur de sciences économiques, démontre que, sur le plan des faits, l'UEM est un succès. Cependant, au point de vue de l'adhésion, l'affaire est bien plus compliquée. Certains facteurs peuvent expliquer ce décalage: la dévalorisation initiale de l'euro face au dollar; la comparaison avec la Fed, qui se fait au détriment de la BCE, à la recherche de crédibilité à travers des présupposés dogmatiques; une politique de communication désastreuse; des désaccords criants entre politique monétaire et budgétaire, avec des critiques de plus en plus ouvertes (Lafontaine, Schröder, Verhofstadt), dont le point d'orgue est la crise de novembre 2003. Il faut reconnaître que la BCE est plus indépendante que la Fed, elle-même sous la coupe directe du Congrès, alors que les gouverneurs sont nommés par le président. L'auteur pense que les résultats positifs de cette Fed sont largement dus à l'expérience, dont ne peut se targuer la BCE. Dans ce cas de figure, le point d'équilibre entre indépendance et responsabilité paraît idéal, et la BCE devrait, selon Kempf, s'en inspirer (l'obligation de rendre des comptes, *the accountability*, ne s'oppose pas forcément à indépendance). Il ne s'agit donc pas d'ignorer le projet politique global que contient une monnaie, ce que la BCE pourrait être tentée de faire: l'art.109b(3) de Maastricht impose le moindre des contrôles, ce qui fait que la prise démocratique est vraiment minimale, et l'opacité de règle. T. Padoa-Schioppa, membre du directoire de la BCE, a pu parler d'une «monnaie sans Etat», ce qui traduit un découplément entre le signe et sa crédibilité. Or, il faut éviter à tout prix la «solitude» de la BCE et appuyer sur l'exigence de cohérence. C'est dire que la position de la BCE est fragile: seule son intégration politique (ou dans la politique) permettra de parler de succès.

La deuxième partie pose plus directement la question institutionnelle, commençant par une réflexion de Hartmut Kaelble sur l'espace public européen. Plusieurs chercheurs, notamment allemands, commencent à valider ce concept: cet espace est multilingue (de plus en plus d'Européens parlent une langue étrangère), composite (les réseaux s'y développent, favorisant l'interconnexion d'espaces autres que nationaux), repose sur des transferts non institutionnalisés, mais s'intéresse peu à la politique à l'échelle européenne, très élitiste (espaces d'experts). Pour l'auteur cependant, on assiste à l'émergence d'indices qui démontrent l'affirmation de cet espace public dépassant la nation: le débat renouvelé autour de la civilisation européenne, l'europeanisation des réseaux d'experts (publications, réunions, etc.), l'augmentation des symboles européens (passeport, euro, etc.), l'apparition d'une société civile européenne (associations, syndicats, ONG), ainsi que l'importance accrue de la thématique européenne dans les médias et les campagnes électorales.

Le thème de la transparence politique est abordé par Amanda Frost (Washington) par comparaison entre l'Europe et les Etats-Unis. Son constat de

départ est que les crises de confiance donnent matière à la publicisation des processus décisionnels. Elle part du cas de l'UE, qui a émis un nouveau règlement en matière d'accès à l'information le 3 décembre 2001, ce qui existe depuis une trentaine d'années outre-Atlantique. Or, dans ce cas, la volonté n'est pas, comme aux Etats-Unis, d'améliorer le système, mais de tenter de créer une légitimité démocratique. Il faut dire que l'UE propose peu de place aux acteurs non gouvernementaux dans la prise de décision. Aux Etats-Unis, on cherche à améliorer l'exécution de la loi, et non pas à répondre à une crise de légitimité: le processus se fait en amont, avec l'existence de voies d'accès des acteurs intéressés par telle ou telle procédure, qui ont une chance de peser sur l'élaboration de la loi. La transparence finit par incarner la légitimation de la décision, car le public est réellement associé (participation aux réunions du Congrès, droit de pétitionner le gouvernement): dans ce sens, la transparence insuffle véritablement de la démocratie. Pour l'Europe, la «culture du secret» est prédominante (l'Europe reste «un projet de diplomates», p.186): quelques documents de relations publiques, mais sans plus. Le PE reste un organe secondaire, et la comitologie la règle. La transparence, refusée dans un premier temps dans le Traité de Maastricht, a donc été imposée par les circonstances, mais il ne s'agit pas pour autant d'améliorer la production législative européenne, pour des raisons d'efficacité (peur d'une «re-nationalisation» des politiques, du ralentissement des décisions). Or, «là où les Américains considèrent la transparence comme une simple pratique, parmi d'autres, de bonne gouvernance, l'UE en fait une condition constitutionnelle sine qua non de la démocratie» (p.193). Le problème de la participation, si crucial en Europe, n'est en effet pas réglé par la question de la transparence du droit à l'information. L'auteur propose ainsi trois voies pour la démocratisation de l'Europe: un modèle «majoritaire supranational», qui implique la préférence pour les majorités; un modèle «intergouvernemental», qui laisse toute sa place aux comités d'experts et à l'intégration des parlements nationaux; un modèle «républicain civique», qui s'appuie sur la société civile, actrice dans le processus décisionnel. Dans tous les cas de figure, d'autres décisions que celle sur la transparence devront être prises pour permettre une véritable appropriation de la gouvernance par le public.

Elisabeth du Réau propose une réflexion plus historienne sur les différents projets d'union politique: la première étude porte sur la vague d'espoirs qui a présidé à la création du Conseil de l'Europe (voir l'hommage de Mitterrand à cette génération prête à «inventer l'Europe réconciliée»); la seconde sur l'échec de la CED et sur la condamnation de l'approche fédéraliste («les fédéralistes sont les adversaires de l'Etat-nation et veulent lui substituer l'Europe-Communauté», Debré); la dernière sur la multiplication des projets qui marque les années 1980, notamment le projet Spinelli du 14 février 1984, qui a marqué plus qu'on ne le pense les discussions au sein de l'Etat et présidé à la réorientation de la construction européenne à cette époque. On ne peut que faire le constat de l'échec de ces différents plans, qui démontre qu'il est plus facile d'évoquer l'Europe que de la vivre.

Liêm Hoang-Ngoc évoque ensuite la notion de «gouvernement économique» européen, dans un article qui cherche à «traiter, au plan théorique, des fondements des différents critères de convergence économique et des objectifs de politique économique qui sont susceptibles d'être élaborés dès lors que plusieurs économies nationales décident de s'engager dans un projet de coordination supranationale» (p.219). L'auteur décrit le processus par étapes qui semblait s'être imposé à partir de l'AUE: marché unique, monnaie unique, puis règles institutionnelles de nature fédérale. Mais c'est sans compter avec les difficultés de concilier souci d'efficacité économique et gestion politique: le débat sur les critères de convergence empoisonne ainsi la relation entre les deux approches, alors que le critère retenu (3%) n'a rien de scientifique, mais se révèle être la moyenne des déficits des pays membres au cours des années 1980. Hoang-Ngoc se montre favorable à la renégociation du pacte de stabilité, surtout parce que le budget communautaire reste faible (1,27% du PIB communautaire); or, la politique budgétaire doit l'emporter sur l'interprétation orthodoxe des critères de convergence. La décision du 25 novembre 2003 semble marquer la fin d'un tabou, alors que certains proposent de nouveaux critères pour évaluer le déficit public (les Italiens proposent ainsi d'écartier l'investissement du calcul des dépenses publiques), dont le rôle stratégique de relance ne peut pas être assumé par le capital privé.

Jean-Claude Colliard esquisse ensuite une réflexion autour du concept de «patrimoine constitutionnel européen». Celui-ci consacre certains principes, comme la primauté de l'individu ou la force du principe d'égalité. Est-ce que le fait de transposer ces éléments peut favoriser le processus constituant? Il est évident que tous les pays se retrouvent dans le régime parlementaire, mais il y a aussi des pratiques qui divergent: au sein des Etats, l'élection parlementaire devient élection au suffrage universel du Premier ministre; or, au niveau de l'UE, il y a déconnexion entre élection et composition de la Commission. Tout cela peut aussi expliquer la désaffection des électeurs, d'autant plus que ce Parlement ne vote ni l'impôt ni la loi. Il faudrait peut-être commencer par transposer certaines pratiques à l'échelle nationale: pour l'élection du PE, une procédure électorale uniforme avec élection à la représentation proportionnelle dans des circonscriptions régionales et la reconnaissance d'un système de partis communs.

La dernière intervention est celle de Didier Maus et porte sur la «problématique de la constitution pour l'Europe», article écrit à l'automne 2001, et volontairement non actualisé. L'auteur s'intéresse aux questions de vocabulaire (peut-on parler de constitution?), au contenu, à la procédure (il recommande par exemple l'uniformisation de la procédure d'adoption avec des référendums dans tous les pays au même moment). Pour lui, «à partir du moment où le mot 'constitution' [...] figurera dans l'intitulé du prochain traité, l'histoire de l'Europe ne sera plus la même» (p.274). La dernière phrase est intéressante: «c'est [...] la confrontation entre la date de (l')élaboration (de l'article) et le futur droit positif qui est susceptible d'intéresser le lecteur», (p.275), bien que le débat, à la suite de mai 2005, reste ouvert.

Ainsi, différents points ont été abordés pour mettre en scène cette notion de gouvernance, sans aboutir à une vision d'ensemble relativement précise. Il faut dire que le mot reste à définir, tant son intervention dans la vie publique est récente: la période qui l'a vu naître reste marquée par les séquelles de la fin de la Guerre froide, où le pouvoir semble s'être dilué de manière inquiétante sans que l'on ait trouvé de solutions nouvelles aux différents déficits démocratiques dénoncés par l'opinion, spécialement à l'échelle européenne. Pour beaucoup de pays, dont la France, le mot de gouvernance n'a pas de racines dans notre vie politique, et signifie d'emblée une véritable remise en question de notre vision du contrat social. Le mot de gouvernance traduit de toute manière une certaine dévaluation du rôle de l'Etat, mis en cause dans son efficacité et dans son essence politique même, que les circonstances actuelles semblent condamner au profit de l'épanouissement personnel, soutenu par certaines reviviscences identitaires, en même temps que par un climat libéral qui semble pour certains être le résultat final de l'Histoire. Situation confuse qui appelle une réponse où l'Europe, parce qu'elle est le fruit de traditions politiques diverses, en même temps qu'une expérience inédite propre à toutes les souplesses, peut jouer un rôle moteur: celui d'éviter une situation anarchisante où des regroupements se constitueraient dans les marges des Etats ou carrément en dehors d'eux. Il faudra pour cela faire un pas, grand pour certains, qui consiste à reconnaître la représentation des intérêts privés, le lobbying, cette interaction qui met en question notre conception de la représentation publique, et pose les bases d'une démocratie renouvelée où l'acte de gouverner est l'affaire de tous, et où la discussion incessante d'arbitrages précaires s'avère un gage de démocratie. En ce sens, le livre atteint son objectif en liant le mot gouvernance à celui d'identité, car cette notion nouvelle est plus que la chronique annoncée d'une mutation du pouvoir, elle traduit également la volonté de faire de l'Europe un projet collectif, objectif qui ne pourra pas être atteint sans une réadaptation de nos traditions politiques, qui devra d'abord commencer dans chacun des Etats avant de se propager à l'ensemble communautaire: en ce sens, l'UE peut devenir une force d'impulsion, tout en redevenant une idée d'avenir.

Bertrand Vayssièvre
Université de Toulouse II-Le Mirail

Birgit RAMSCHEID – Herbert Blankenhorn (1904-1991). Adenauers außenpolitischer Berater, Droste Verlag, Düsseldorf, 2006, 460 S. – ISBN 978-3-7700-1901-4 – 38,00 €.

In her University of Bonn PhD thesis Birgit Ramscheid gives a comprehensive and “thick description” of the political career of Herbert Blankenhorn, who was one of the very few top advisors to chancellor Konrad Adenauer and therefore a key figure in the process of co-ordinating and directing the foreign policy activities of West Germany from the late 1940s to the mid 1950s, when he left Bonn to serve as ambassador to NATO. Although his impact may have been more important in the

field of staff policy, he also contributed to the conception and implementation of foreign policy, especially as far as the “German question” was concerned.

Blankenhorn grew up surrounded by an upper class-Protestant milieu. He joined the Foreign Office in 1929, serving among other places at Geneva, Washington, and, of course, Berlin. Although no dedicated Nazi – he became a member of the Party not until December 1938 – American officials remembered him as “the most pro-German” of all the secretaries of the German embassy in Washington during the second half of the 1930s (p.46). Since on the other hand Blankenhorn got in contact to the “20th July”-conspiracy, Ramscheid describes his attitude as fluctuating between “inner resistance and external conformity” (p.47). Between spring and autumn 1945 he was arrested by the American military authorities. During the interrogations he tried to make his American counterparts sensitive of the “Communist threat”, bringing the Germans into play as allies against the Russians. After his denazification procedure he was elected, in May 1948, secretary general of the CDU in the British Zone of Occupation, a post that brought him in contact with Adenauer, who needed – and trusted in – Blankenhorn’s foreign policy expertise. So his protégé was able to gain top positions in the chancellery and in the “new” Foreign Office, established in March 1951. Although Adenauer had warned him not to rebuild some sort of “Wilhelmstraße” – the synonym for the former German Foreign Office – this was exactly the accusation Blankenhorn had to face during the early 1950s. Nevertheless, Adenauer always shielded him.

Whereas Ramscheid introduces Blankenhorn as a man with new ideas and proposals to solve the “German question”, this did not apply to the field of European integration policy. He admired Jean Monnet and was well aware of the tremendous importance of the Schuman Plan – “a landmark of European history” (p.151) –, but lacked own ideas worth mentioning. During his service as ambassador in Paris between 1958 and 1963 he at least opposed general Charles de Gaulle’s temporarily successful attempts to keep the British out of the European Economic Community and also rejected the so-called Elysée Treaty. This attitude may explain why Blankenhorn’s relationship with Adenauer cooled down even before the latter left office. And his influence had been declining already since the mid 1950s.

Birgit Ramscheid’s book draws on extensive archival research including, of course, the Blankenhorn papers at the Bundesarchiv Koblenz, but also a nearly endless number of German and foreign archives. She offers an impressive inquiry into successful networking and into the way of thinking and acting of a powerful “second row” official. Although she sometimes tends to make Blankenhorn appear in a rather favourable light, all in all she keeps the necessary distance to her protagonist.

Prof. Dr. Werner Bührer
Technische Universität München

Julie M. NEWTON – *Russia, France, and the Idea of Europe*, Palgrave Macmillan, Basingstoke, 2003, 357 S. – ISBN 0-333-72100-4 – 20,00 £.

Als wesentlicher Hebel der Westeuropapolitik Moskaus diente in den 1960er und 1970er Jahren das gaullistische Frankreich, dessen auf nationale Eigenständigkeit bedachten Kurs der Kreml für eine Schwächung des westlichen Bündnisses zu instrumentalisieren strebte. Julie M. Newton hat zur sowjetischen Frankreichpolitik 1958 bis 2001 eine insbesondere über Akteure und Hintergründe der Moskauer Europadiskussion detailliert informierte und prägnant formulierte Studie vorlegt, welche die bisherige Forschung zum Thema¹ um einige Aspekte bereichert. Paris wird dabei von Newton auch als zumindest bis 1970 gerne benütztes Sprachrohr der sowjetischen Westpolitik präsentiert: „Während – wie Harold Macmillan konstatierte – „de Gaulle Europa sagte und Frankreich meinte“, sagte Moskau Frankreich und meinte Europa“ (S. 62). Sowjetische Archivquellen, wie sie etwa in der Studie Gomarts über die Chruščëvjahre ausgewertet wurden, aber für den Zeitraum von Newtons Werk nicht in gleicher Dichte zugänglich sind, wurden von ihr nicht herangezogen. Darin liegt auch ein Hauptmanko des Buches, dessen Aussagen in Zukunft durch Dokumente gegengeprüft werden müssen. Dennoch gelingt es Newton, durch Analyse zahlreicher russischer Zeitschriftenpublikationen sowie durch Gespräche mit ehemaligen Politikern, Diplomaten und Experten, darunter Chruščëvs Schwiegersohn und „Sondergesandter“ Aleksej Adžubej, der Außenpolitikexperte Georgij Arbatov und der spätere Gorbačëvberater Andrej Gračëv, einen Eindruck der internen Diskussionen auf Experten- und Beraterebene zu vermitteln.

Dabei identifiziert sie drei Gruppen, welche ihrer Interpretation der Lage in Westeuropa und ihren Vorschlägen Gehör bei der obersten Führung zu verschaffen strebten: die vor allem im Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen sowie der Prager Redaktion der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ konzentrierten „Europäisten“ (die für eine Aufwertung Europas in der sowjetischen Politik plädierten, um damit die atlantischen Bindungen zu unterminieren), die „Amerikanisten“ (welchen Deutschland weiterhin zu unberechenbar schien, um auf die amerikanische Präsenz in Westeuropa verzichten zu wollen) und die „Ultraorthodoxen“ (welche das Dilemma durch Hochrüstung zu kontrollieren vorschlugen). In allen drei Gruppen beeinflussten ideologische Dogmen wie jene der wachsenden inneren Konflikte im Kapitalismus, der inhärenten Aggressivität der „imperialistischen“ Mächte und der steigenden Resonanz von Entspannung und Sozialismus die Standpunkte. Da die zentrifugalen Strömungen und zwischenstaatliche Zwistigkeiten im „Westblock“ als „objektive“ Tendenzen interpretiert wurden, meinten insbesondere die Ultras, dass die Sowjetunion nicht auf ihre Rüstungsprogramme verzichten müsse, um eine Détente zu erzielen.

1. M.-P. REY, *La tentation du rapprochement: France et l'URSS à l'heure de la Détente 1964-1974*, Sorbonne, Paris, 1991; T. WOLTON, *La France sous l'influence: Paris-Moscou 30 ans des relations secrètes*, Grasset, Paris, 1997; T. GOMART, *Double détente: Les relations franco-soviétiques de 1958 à 1964*, Sorbonne, Paris, 2003.

Das gaullistische Frankreich wurde dabei zum „nützlichsten Instrument“ von Moskaus Westeuropapolitik. Der Erfolg dieser Instrumentalisierung bestärkte den Kreml in seiner Vision eines zumindest mittelfristig geteilten Europas, dessen Osten unter sowjetischer Kontrolle bleiben, dessen Westen aber aus der NATO gelöst, in der Integration gehindert und sowjetischem Einfluss geöffnet werden sollte. Unter dem Eindruck des Gaullismus wurde ab den frühen 1960er Jahren auch die EWG zunehmend als Chance zur Schwächung der transatlantischen Allianz begriffen und damit der „instrumentale Europäismus“ geboren, der 1962 Einfluss auf Nikita Chruščëv zu gewinnen vermochte. Dessen Nachfolger konzentrierte seine Entspannungsinitiativen unter Beibehaltung der konventionellen sowjetischen Übermacht aber neuerlich auf Frankreich, das 1964 die EWG in eine Krise stürzte, 1965 das amerikanische Projekt einer Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) unter westeuropäischer Beteiligung torpedierte und sich 1966 aus den Kommandostrukturen der NATO zurückzog. Die höchst erfreute Sowjetführung überschüttete de Gaulle anlässlich seines Moskaubesuches mit Ehrungen, wie sie noch keinen ausländischen Politiker je in der UdSSR zuteil geworden waren, und gestattete ihm sogar, einem katholischen Gottesdienst in Leningrad beizuwohnen. Der General, so ein Sowjetfunktionär rückblickend in Anspielung auf Henri IV, sei „wohl eine Messe wert“ gewesen (S. 76). Obwohl Leonid Brežnev gegenüber dem als „Feind“ erkannten de Gaulle, der aus seinem Ziel eines selbstbestimmten und befreiten Europas „vom Atlantik bis zum Ural“ nie ein Hehl machte, misstrauisch blieb, wurde Frankreich zum wesentlichsten westlichen Verbündeten des Kremls in der Frage einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Dass sich Paris nicht nur durch seine außenpolitischen Kaprizen als für die Sowjetunion überaus nützlich erwies, sondern diesem auch mehrfach diplomatisch zu Hilfe kam, beweisen die Aussage des Außenministers Michel Debré, der die militärische Zerschlagung des Prager Frühlings als „accident de parcours“ herunterspielte, und die Missachtung des unter dem Eindruck des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan eingeleiteten westlichen Sowjetunionboykotts. Obwohl François Mitterrand eine „atlantischere“ Politik verfolgte, blieb die sowjetische Haltung gegenüber Paris zweckoptimistisch-freundlich und auch für die EG hatte Moskau Anfang der 1980er Jahre wieder lobende Worte übrig.

Ein grundlegend neuer Ansatz kam jedoch erst unter Michail Gorbaëv zum Durchbruch. Die bisher „instrumentalen Europäisten“, die nicht zuletzt aufgrund der Hoffnung, damit innere Reformen auszulösen, ihre Instrumentalisierungsbestrebungen zugunsten einer wirklichen Verbesserung der Beziehungen aufgegeben hatten, gewannen die Oberhand. Die neue Führung griff überwiegend auf liberale Mitarbeiter des Parteiapparates zurück. Die EG wurde in den Jahren 1985 bis 1992 als Partner akzeptiert, und Deutschland löste Frankreich als Hauptadressat ab. Nachdem Westeuropa unter Boris El'cin in der sowjetischen Prioritätenskala zurückgestuft wurde, widmete Vladimir Putin Europa wieder mehr Aufmerksamkeit und behielt dies auch nach seiner Hinwendung zu den USA nach dem 11. September 2001 bei. Im Zuge des – von Newton nicht mehr behandelten – zweiten

amerikanischen Irakkrieges, der nicht nur die atlantische, sondern auch die inner-europäische Partnerschaft einer schweren Belastungsprobe aussetzte, erlangte die Achse „Paris-Berlin-Moskau“ durch ihre gemeinsame Ablehnung der Intervention kurzfristig an Bedeutung. Trotz der inflationären Verwendung des Prädikats einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen Russland und der EU erinnern die Beziehungen aber heute eher an eine Zweckallianz machtpolitisch selbstbewusster Konkurrenten.

Newton's Darstellung überzeugt trotz kleiner Ungenauigkeiten – so ist von einer sowjetischen Anerkennung der EWG 1971 (S.24), von Mitterrand als EG-Kommissons- (nicht Rats-) -präsident (S.26) und von Zaire als ehemals französischer Kolonie die Rede (S.95); missverständlich ist auch, vom NATO-Bombardement „des Kosovo“ 1999 (S.4) zu sprechen. Die Feinstruktur mit Mikrokapiteln und Seitenüberschriften trägt mehr zur Verwirrung als zur Klärung bei. An den Verlag ist eine technische Kritik zu richten: Kapitelweise nummerierte Anmerkungen am Ende eines Buches sind generell nicht leserfreundlich; ohne einen Hinweis in der Kopfzeile, auf welche Textseite(n) sich die Endnoten beziehen, gerät das Nachschlagen zum langwierigen Herumblättern.

Wolfgang Mueller

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien